

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Quartier um die „Discomeile“ am Breitenweg nachhaltig neu entwickeln

Die Entwicklung der Bahnhofsvorstadt wird in den kommenden Monaten und Jahren eines der zentralen Stadtentwicklungsprojekte Bremens sein. Die Bebauung des Bahnhofsvorplatzes und die Stabilisierung der Wohnqualität durch Inverantwortungnahme von Vermietern sind zentrale Maßnahmen: Kreative Zwischennutzungen statt Leerständen und die Schaffung urbanen Wohnraums für junge Menschen statt Gewinnmaximierung durch „Modellwohnungen“ sollen diesen Prozess unterstützen. In diesem Zusammenhang bietet sich eine große Chance, das Areal zwischen Rembertikreisel und Hauptbahnhof neu zu entwickeln und es vom ebenso unsicheren wie unansehnlichen Hinterhof zum Aushängeschild und Publikumsmagnet Bremer Nachtkultur zu machen.

Ein solcher Neubeginn braucht breite Akzeptanz, Verantwortungsübernahme und Zusammenwirken der beteiligten Akteure. Die Betreiber der anliegenden Clubs und Gastronomiebetriebe müssen für die Entwicklung der neuen Tanzmeile Verantwortung übernehmen – auch in finanzieller Hinsicht – und sich aktiv an einem Neustart beteiligen. Auch die jungen Menschen, die in den Wochenendnächten mit Spaß am Breitenweg ausgehen wollen, sollten bei der Neugestaltung eine Mitsprachemöglichkeit bekommen. Beachtet werden muss zudem die Belebung, Gestaltung und Nutzbarkeit des Quartiers auch tagsüber und werktags. Ein solches neu zu gestaltendes Quartier hat auch das Potenzial, ein wesentlicher Baustein der Entwicklung einer urbanen, lebendigen Innenstadt und im Stadtmarketing Bremens als „junge Stadt“ zu werden.

Auf der „Discomeile“ im Bahnhofsviertel feiern und tanzen jedes Wochenende wegen ihres attraktiven Gastronomie-, Club- und Musikangebots bis zu 10 000 junge Menschen. Aber Alkohol- und Drogenmissbrauch und gewalttätige Auseinandersetzungen machten im vergangenen Jahrzehnt massive Polizeieinsätze, verstärkte Polizeipräsenz und Clubschließungen erforderlich, 2009 registrierte die Polizei fast 1 000 Gewaltdelikte. In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Situation aufgrund der nächtlichen Polizeipräsenz und der eingesetzten Streetworker verbessert, aber der Aufwand ist immens und ein ästhetisch attraktives Aushängeschild Bremens ist die „Meile“ nicht.

Neben der festen Einrichtung einer „Ermittlungsgruppe Meile“ bei der Polizei und einer „Task Force“ bei der Staatsanwaltschaft hat sich die Einrichtung einer Waffenverbotszone als wirkungsvoll erwiesen.

Erforderlich ist darüber hinaus jetzt ein ganzheitlicher Handlungsansatz. In einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe wurden Vorschläge zur baulichen Umgestaltung, Beleuchtung, Verkehrsplanung, Videoüberwachung und zur Straßensozialarbeit mit dem „Pro-Meile-Team“ entwickelt. Auch vom Beirat Mitte wurden Initiativen entwickelt. Darauf aufbauend muss der „verlorene“, angstbesetzte, objektiv oder subjektiv unsichere öffentliche Raum für eine friedliche, allgemeine Nutzung zurückgewonnen werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Zusammenhang mit dem Gesamtkonzept „Innenstadtentwicklung“ ein Entwicklungskonzept zur Neugestaltung des Quartiers am Breiten-

weg vorzulegen, das die auf Beiratsebene entwickelten Lösungsvorschläge zur Entwicklung des Gebietes einbezieht, die jungen Nutzerinnen und Nutzer an der Konzeptentwicklung beteiligt und folgende Ansätze berücksichtigt:

1. Die bauliche Neugestaltung der öffentlichen Flächen – Gehwege, Straßen, Plätze –, um die Aufenthaltsqualität so zu verändern, dass räumliche Anlässe und Gelegenheiten für Gewalt und noch bestehende Angsträume beseitigt werden und stattdessen Räume für Begegnung (auch tagsüber und werktags) geschaffen werden. Diese Gestaltung sollte die kreative Gestaltung und den Ausbau der öffentlichen Räume für mehr Aufenthaltsqualität und Kommunikationsgelegenheiten beinhalten.

Geprüft werden sollte auch die Möglichkeit der Sperrung von Fahrstreifen der Straße Breitenweg auf Höhe der Gastronomiebetriebe in den Nachtstunden, um so Fläche zu gewinnen und Fußgängerströme zu entzerren.
2. Die Entwicklung eines Licht-Konzepts für das Quartier, das das „Schmuddelimage“ der alten „Discomeile“ beseitigt, positive Party-Stimmung schafft und so auch gewaltpräventiv wirkt.
3. Die Weiterentwicklung des Sicherheitskonzepts als Teil des neuen Gesamtkonzeptes, wobei auch geprüft werden soll, inwieweit die bestehende Waffenverbotszone um eine (temporär begrenzte) Flaschenverbotszone erweitert werden kann.
4. Die Einbeziehung der Streetworker – Pro Meile – als integraler Bestandteil des neuen Konzepts „Discomeile“ und die Einbeziehung ihrer Erfahrung bei der Entwicklung des Konzepts. Hierbei sollte auch geprüft werden, inwieweit niedrigschwellige Beratungsangebote zur Alkohol-, Drogen- und Gewaltprävention sowie Angebote der Jugendkultur, -beteiligung und -beratung zu integrieren sind.
5. Die Überprüfung des bestehenden Gastronomieangebots, mit der damit verbundenen Prüfung, wie Geschäftsmodelle begrenzt oder unterbunden werden können, die mit verantwortungslosem und gesundheitsgefährdendem Alkoholverkauf an jugendliche Besucher ihr Geschäft machen.
6. Betreiber und Vermieter in die Verantwortung für die Neugestaltung zu nehmen. Im Rahmen der Konzeptentwicklung sollen die Betreiber der anliegenden Clubs und Gastronomiebetriebe für die Entwicklung des neuen Ausgeh-Quartiers mit in die Verantwortung genommen werden, auch in finanzieller Hinsicht – und sie sollen sich aktiv an einem Neustart beteiligen. Die Vermieter in dem Quartier müssen an der Stabilisierung der Wohnqualität beteiligt werden, hierbei sollen kreative Zwischennutzungen die Leerstände ersetzen und anstelle von „Modellwohnungen“ urbaner Wohnraum für junge Menschen entstehen.
7. Elemente und Unternehmungen der Jugendkultur in die Gestaltung und Nutzung des Quartiers einzubeziehen. Beispielsweise könnten von jungen Erwachsenen selbst- oder mitverwaltete und -betriebene Kommunikations-, Kultur-, Sport- und Gastronomie-Unternehmungen die Identifikation mit dem Quartier und eine positive Aneignung der öffentlichen Räume stärken. Auch eine aktive Beteiligung an Sicherheitskonzepten könnte in diesem Sinne deren nachhaltige Wirksamkeit und Akzeptanz sichern.
8. Der Senat wird gebeten, die Prüfungen mit dem Beirat Mitte abzustimmen, und der Stadtbürgerschaft bis Ende 2012 über die Ergebnisse der Prüfungen zu berichten.

Sükrü Senkal, Ulrike Hiller, Jürgen Pohlmann, Klaus Möhle,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Carsten Werner, Linda Neddermann, Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen